Günstiger Atomstrom für 6 Cent

Warum lehnte die Ampel das Super-Stromangebot ab?

Felix Rupprecht

10.11.2023 - 11:27 Uhr

Unternehmen wollte deutscher Industrie Atomstrom für 6 Cent liefern – Linnemann und Spahn werfen Ampel schwere Fehler vor.

Was lief da wirklich zwischen den Kernkraft-Bossen und der Bundesregierung?

PreussenElektra, Betreiber des bayerischen Kernkraftwerks Isar 2, wollte bis Ende Oktober eine AKW-Wiederinbetriebnahme erreichen. Doch die Bundesregierung ging nicht darauf ein. Nun gab das Unternehmen auf.

Brisant: Mitarbeiter berichten gegenüber BILD, dass Unternehmens-Chef Guido Knott in den vergangenen Monaten versucht haben soll, die Bundesregierung zu überzeugen, den Betrieb wieder zu erlauben. Besonders spannend ist das im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion um einen subventionierten Industriestrompreis!

Denn: Das Unternehmen wollte für 6 Cent Strom liefern – ein international konkurrenzfähiger Preis. Doch die Regierung hatte daran kein Interesse.

Spahn spricht von „schwerem Fehler“

„Wir wollten zu einem zugesicherten Festpreis günstigen Strom an die Industrie liefern – am Markt vorbei. Der Staat hätte nichts subventionieren müssen“, sagte ein Mitglied des Managements zu BILD. Es sei ein Skandal, dass stattdessen der Steuerzahlen für günstigere Strompreise geradestehen müsse.

Auch ein Schichtleiter bestätigt gegenüber BILD, dass die Unternehmensleitung in der Konzernzentrale in Hannover und per Videoansprache von den Bemühungen erzählte.

Die Union ist auf der Zinne!

▶ CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann (46) zu BILD: „Wieder einmal hat die Bundesregierung Ideologie über Pragmatismus gestellt. Im Ausland reibt man sich über Deutschland nur noch verwundert die Augen. Energieintensive Unternehmen verlassen reihenweise das Land."

„Strom für 6 Cent, günstig, sicher, klimaneutral"

► Unions-Fraktionsvize Jens Spahn (43) sagte zu BILD: „Strom für sechs Cent, günstig, sicher, klimaneutral. Davon hätte die krisengeschüttelte deutsche Industrie enorm profitieren können. Das hat die Bundesregierung in ihrer ideologischen Blindheit ausgeschlagen." Und das sei ein schwerer Fehler.

PreussenElektra-Chef Guido Knott stellte den Mitarbeitern in einer Videoansprache am 25. Oktober das Angebot vor, wie mehrere Teilnehmer auch gegenüber dem Magazin „Cicero" bestätigten.

„Wir hätten vielleicht tatsächlich eine Brücke bauen können in das erneuerbare Zeitalter", sagte Knott zuletzt im „Bayerischen Rundfunk". Selbstverständlich hätte man die Anlage noch gerne länger am Netz gehalten.

Wirtschafts- und Finanzministerium dementierten gegenüber BILD, dass Verhandlungen stattgefunden haben.

Fest steht: Trotz Zuständigkeit des Habeck-Ressorts wollte Christian Lindner in der AKW-Debatte mitreden! BILD liegen Belege dafür vor, dass sich das Bundesfinanzministerium schon Ende 2022 von RWE, Betreibergesellschaft des zum 15. April stillgelegten AKW Emsland in Niedersachsen, genau darüber aufklären ließ, welche Vorteile ein Weiterbetrieb der drei verbliebenen AKW bis April 2024 gehabt hätte.

Demnach hat eine führende Person aus dem Lindner-Ministerium telefonisch nach der „technisch/wirtschaftlichen Sachlage bezüglich einer etwaigen Nutzung des Kernkraftwerkes Emsland in der aktuellen Energiekrise" gefragt.

Habeck: 350 Firmen bekommen Strompreis von sechs Cent

Am Donnerstag einigte sich die Bundesregierung nach monatelangem Ringen auf ein Strompreis-Paket für Industrie und Mittelstand. Unter anderem soll die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß reduziert werden. Rund 350 besonders energieintensive Unternehmen sollen zusätzlich besonders entlastet werden.

Sie könnten so 2025 auf einen Kilowattpreis von genau sechs Cent kommen, sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck (54, Grüne), der diese Höhe vorgeschlagen hatte.

Für Linnemann ist es richtig, dass die Ampel „nach monatelangem Zaudern" diesen Weg beschreitet. Aber: „Trotzdem muss Deutschland sein Stromangebot ausweiten. Dass die Ampel dies in ihrer verblendeten Realitätsferne weiterhin verweigert, schadet

dem Wirtschaftsstandort und gefährdet Millionen von Arbeitsplätzen“, so der CDU-General.

Haben Sie einen Fehler in diesem Artikel entdeckt? Dann schreiben Sie uns gern: fehler.melden@bz.de.